

# Der Wert-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezug nur durch die Post.  
Preis das Vierteljahr 6 Mk., wozu noch das Bestellgeld  
hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Amt Köpenicker Str. 1074.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 3 Mk., Arbeits-  
markt 1 Mk. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind  
an Otto Sehmä, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten.  
Postfachkonto Berlin 5388.

**Inhalt:** Nach 2 Jahren. — Russische Gewerkschaftsbeschimpfungen.  
8. Quartals. — Die Arbeitslosigkeit im Verbandsgebiet während des  
— Zum Rückgang der Stahlerzeugung. — Der Konflikt in der  
Metallindustrie Italiens (II). — Aus der Textilindustrie. — Soziale  
Rundschau. — Politische Nachrichten. — Berichte aus Fachkreisen. —  
Literatur. — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsteil: Eine  
verschleierte Bilanz.

### Nach 2 Jahren.

Am 9. November 1918 ging ein Aufatmen durch alle Gauen  
Deutschlands. Die Fesseln waren zersprengt, mittels denen  
das deutsche Volk durch die alten Gewalthaber, die Juden-  
borste, die Kriegsbeyer und Kriegstreiber, die am Krieg ver-  
dienten, während des Krieges geknebelt war. Die Unter-  
drückung war vorüber, man fühlte sich wieder frei. Der Krieg,  
der mit jedem Tag neue Blutopfer forderte, der die Klagen  
der Witwen und Waisen und der Verstummelten immer weiter  
vergrößerte, ging zu Ende. Nicht allein die sozialdemokratisch-  
denkende Arbeitererschaft hat das Ende des Krieges sehnlichst  
herbeigewünscht, sondern auch breite Schichten des Bürger-  
tums. Es war ein Jubel, als die alten Gewalthaber, die das  
Unglück auf dem Gewissen haben, gestürzt und ihrer Macht  
entkleidet waren.

Man glaubte an den Anbruch einer neuen, besseren Zeit.  
Die geschichtliche Entwicklung hat uns jedoch stark ent-  
täuscht. Nicht, daß wir glaubten, in Kürze das Trümmerfeld  
des Krieges in eine blühende Stätte der Wohlfahrt verwan-  
deln zu können, aber wir hofften als Sozialisten, daß in diesen  
Stunden der Grundstein gelegt würde, auf dem eine neue  
aufbauende Wirtschaft, wenn auch unter unglücklichen Umständen  
entstehen könnte, die das Volk für die ertragenden Leiden  
entschädigt hätte. Wie eine Erlösung aus grauer Nacht hätte  
es wirken müssen, wenn Maßnahmen getroffen worden wären,  
die der Landwirtschaft das Sozialismus gedient hätten.  
Starke moralische und schöpferische Kräfte wären ausgeschliffen  
worden, die sich in den Dienst des Aufbaues gestellt hätten.

Was ist nun innerhalb der letzten zwei Jahre geschehen?  
Nichts!  
Noch ist kein Grund gelegt zu einer neuen aufbauenden  
Wirtschaft, die uns aus dem Elend, in welches uns diejenigen  
hineingestochen haben, die den Krieg entfachten und bis zum  
bitteren Ende unterstützt haben, erretten könnte. Anstatt auf-  
zubauen, ist die Vernichtung fortgesetzt worden. Das Elend  
der breiten Volksschichten steigt von Tag zu Tag höher. Unsere  
Volkswirtschaft — wenn man es noch so bezeichnen darf —  
steht vor dem völligen Zusammenbruch.

Der Kapitalismus hat zwei weitere Jahre regiert. Die  
Profitgier hat Organe gefeiert und hat das Werk der Vernich-  
tung, das der Krieg begonnen hat, an unserer Volkskraft weiter  
geführt. Die Kapitalmagnaten haben sich wohl ungeheuer be-  
reichert, dafür aber ist das Massenelend zur Unerträglichkeit  
geworden und droht uns völlig zu verschlingen.

### Eine verschleierte Bilanz.

Die Dresdener Nähmaschinenfabrik veröffentlichte am 5. Mai 1920 im „Reichsanzeiger“  
folgende Bilanz:

Aktiva	Bilanz 1919	Passiva	
Reservekonto	630 004,—	Aktienkapitalkonto	750 000,—
Inventarkonto	430 510,85	Obligationskonto	878 000,—
Kassakonto	9 687,11	Kreditorenkonto	580 504,49
Effektenkonto	23 892,—	Obligat.-Zinsenkonto	4 162,60
Debitorenkonto	987 213,93	Wilhelm-Grielt-Stift.	50 000,—
Depotkonto	50 000,—	Reservefondskonto I	75 000,—
		Reservefondskonto II	125 000,—
		Zalonteuernkonto	18 500,—
		Dividendenkonto	90 879,—
		Zantienkonto	15 444,—
		Kriegssteuerrücklage	78 960,—
		Gewinn- und Verlustk.	14 653,77
	2 131 107,89		2 131 107,89
Debet	Gewinn- und Verlustkonto 1919	Kredit	
Handlungsumkosten	145 229,17	Bilanzkonto	4 296,08
Abreibungskonto	120 000,—	Fabrikationskonto	414 650,88
Reservefondskonto	15 120,—		
Zalonteuernkonto	18 500,—		
Zantienkonto	15 444,—		
Dividendenkonto	90 000,—		
Bilanzkonto	14 653,77		
	418 946,94		418 946,94

Vorstehende Bilanz wurde in der am 28. April er. abgehal-  
tenen achtundvierzigsten ordentlichen Generalversammlung ge-  
billigt.  
Die Auszahlung der Dividende von 12 Proz. erfolgt von  
heute ab für die Aktien von 800 Mk. und für die

Die Arbeitslosigkeit schwillt immer höher an. Die Zahl  
der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter wird im Reichsarbeits-  
ministerium auf 3 Millionen Menschen geschätzt.

In Groß-Berlin betrug am 1. August 1920 nach diesen  
amtlichen Zahlen die Ziffer der Arbeitslosen bereits 150 312.  
Ein geradezu erschreckendes Bild geben einige Zahlen, die das  
Verhältnis der Arbeitslosen zu der Gesamtheit der Bevölkerung  
in den einzelnen Orten und Ländern darstellen. So kamen  
auf 1000 Bewohner in Hamburg 53,31 Erwerbslose, in Sach-  
sen 45,86, in Thüringen 19,53, in Posen i. B. 241,9 Erwerbs-  
lose, in Pommern 367,8, in Falkenstein 286,0, in Auerbach  
(Sachsen) 203,0, in Delsitz i. S. 136,0, in Leipzig 25,4, in  
Weißeritz 37,4, in Groß-Berlin 22,6, in Jülich 61,6 Erwerbs-  
lose usw.

Geradezu ungeheuerlich ist in einzelnen Bezirken die  
Dauer der Erwerbslosigkeit. Von den am 1. August 1920 ge-  
meldeten Unterstützungsempfängern — nur von diesen —  
waren länger als 6 Monate erwerbslos z. B. in Hamburg  
6774, in Bayern 4837, in Württemberg 1529, in Schleswig-  
Holstein 1503. Mehr als halbjährige Arbeitslosigkeit aber be-  
deutet Elend und Verzweiflung in höchster Steigerung, und es  
ist schamlos, daß die gesamte bürgerliche Gesellschaft rat- und  
tatlos dabeisteht. Millionen auf Millionen an Buchergewinnen  
häuft und alle ihre staatlichen Machtmittel einsetzt, um den  
Forderungen der Arbeitslosen entgegenzutreten.

In den Bezirken, wo die Textilindustrie vorherrschend  
ist, haben wir die höchsten Arbeitslosenziffern zu verzeichnen.  
Diese Arbeitslosigkeit besteht, trotzdem wir an allem Not  
leiden. Hier offenbart sich nicht nur der Widerstand der  
kapitalistischen Produktion, sondern auch das Unvermögen,  
mittels derselben aus dem Wirtschaftselend wieder heraus-  
zukommen. Der Kapitalismus hat die Kraft verloren,  
widerum schöpferisch aufbauend wirken zu können. Ein  
Wiederaufbau ist nur möglich durch die sozialistische Produk-  
tion. Nicht im Interesse des Kapitals, dessen Triebfeder zur  
Produktion der Profit ist, sondern im Interesse des darben-  
den und hungernden Volkes muß produziert werden.

Bei dieser Wirtschaft ist die Finanzlage des Reiches eine  
verzweifelte geworden. Der Reichsfinanzminister Dr. Birtz  
führte hierüber in der Reichstagsitzung vom 27. Oktober  
folgendes aus: „Die Schuld Deutschlands setzt sich heute zu-  
sammen: Hunderte Schuld 91 Milliarden, schwelende Schuld  
157,3 Milliarden, darunter diskontierte Schatzanweisungen  
138 Milliarden, Zahlungsverpflichtungen mit Schatzanwei-  
sungen 11,3 Milliarden, Sicherstellungsleistungen mit Schatzan-  
weisungen 7,3 Milliarden. Dazu kommen die Aufwendungen  
des Reiches gemäß § 59 des Steuergesetzes mit 14,5 Milliarden,  
das sind zusammen 262,9 Milliarden. Hinzuzurechnen ist noch  
der zu verzinsende Restbetrag der Eisenbahnschuld mit 25 Mil-  
liarden; also alles zusammen abgerundet 288 Milliarden be-  
trägt heute die Schuld des Reiches. Zu den 67 Milliarden  
Reichsbeträgen, die teilweise heute schon in die schwelende Schuld  
übergegangen sind, werden mindestens bis Ende dieses Jahres  
noch 30 Milliarden hinzukommen. Noch nicht genannt sind die  
für die Erhöhung der Beamtengehälter, Ruhegehälter usw. be-

nötigten Milliarden. Bis Ende des Rechnungsjahres wird sich  
die Schuld um etwa 40 Milliarden Mark erhöhen.

Diese Wirtschaft weiter treiben, ist Selbstmord. Hier kann  
nur die entschlossene Tat, zum Sozialismus zu kommen, davor  
schützen.

Während der beiden Jahre ist die politische Gewalt  
wiederum in die Hände des Bürgerturns, dem geschworenen  
Feind des Sozialismus, übergegangen. Die alten Gewalthaber,  
die Stützen des monarchischen Deutschlands, eingeseilte  
Monarchisten stehen wieder an einflussreicher Stelle innerhalb  
der jungen Republik. Die Fronie der Geschichte will es so —  
zum „Schutze der Republik“. Dabei warten dieselben Leute  
auf den günstigen Augenblick, an dem der Republik das  
Lebenslicht ausgeblasen werden soll. Inzwischen begünstigen  
sie die Hochverräter, die offen oder verdeckt auf die Beseitigung  
der Republik hinarbeiten. Ein neues starkes Kaiser-  
tum soll an Stelle der Republik entstehen — das  
soll heißen, die kapitalistische Wirtschaft soll zu neuem Leben  
aufgebauert werden. Es ist alles zurecht gelegt, um zur ge-  
eigneten Stunde das Proletariat von neuem zu knebeln.

Die Konterrevolution hat ihre Vorberei-  
tungen getroffen.

Wir wollen an dieser Stelle nicht rechten über jene, deren  
Schuld es ist, daß die gefährlichsten Feinde des Sozialismus  
die Staatsgewalt in den Händen haben. Die drohenden  
Gefahren erfordern die Einigkeit des Prole-  
tariats. Es muß zusammenstehen wie ein  
Mann, es muß seine Front schließen gegen  
den gemeinsamen Feind und jeden Augenblick  
bereit sein, den Streich der Gegenrevolution  
abzuwehren und sie endgültig zu Boden zu  
schlagen.

Nicht mit Jubel und Feststimmung be-  
gehen wir deshalb die Wiederkehr des 9. No-  
vember. Es ist keine Zeit zum Feste feiern. In  
erhöhter Kampfbereitschaft begehen wir den Feiertag.

Trotz aller Enttäuschungen der letzten beiden Jahre steht in  
uns der Glaube und die Hoffnung, daß die  
Stunde der Erlösung nicht mehr fern sein  
kann. Die Not der Zeit fordert gebieterisch ihr Opfer, das  
ist der Kapitalismus. Das Aufblenden der Reaktion befristet  
uns den Todeskampf des Kapitals. Zerfleischen wir uns des-  
halb nicht länger, kämpfen wir nicht gegeneinander, sondern  
halten wir uns bereit, um die letzte Schlacht siegreich zu be-  
stehen. Laßt den alten Kampf von neuem erschallen:

**Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!**

### Russische Gewerkschaftsbeschimpfungen.

Wie auf dem Betriebsrätekonferenz in Berlin, so sind auch  
auf dem Parteitag der U. S. P. in Halle die deutschen Ge-  
werkschaften und ihre Leiter von den russischen Genossen  
Loso wsky und Sinowjew in einer Weise beschimpft  
worden, die wir niedriger hängen müssen, um unseren Lesern

Aktien von 1000 Mk. mit 120 Mk. für Coupon 34 bei der Mittel-  
deutschen Privatbank A.-G., Dresden, sowie an unserer Gesell-  
schaftskasse.

Eine Auslosung unserer Schuldverschreibungen hat sich  
wegen vorzeitigen Rückkaufs der Tilgungsrate für 1920 erübrigt.  
Dresden, am 29. April 1920.

Die Direktion  
der Dresdener Nähmaschinenfabrik.  
Witb. Eiseht jr.

Als letzter Posten der Passivseite ist angegeben: Ge-  
winn- und Verlustkonto 14 653,77 Mark. Auf  
den ersten Blick könnte man annehmen, daß diese Summe  
den Reingewinn des Jahres darstellt, denn das Handelsgeset-  
buch, § 261, 6, schreibt den Aktiengesellschaften vor:

„Der aus der Vergleichung sämtlicher Aktiva und sämtlicher  
Passiva sich ergebende Gewinn oder Verlust muß am Schluß der  
Bilanz besonders angegeben werden.“

Daß als Reingewinn ein ganz anderer Betrag in Frage  
kommt, ist aus der Veröffentlichung einer Handelszeitung zu  
ersehen, der wahrscheinlich ein Geschäftsbericht der Firma zu-  
gegangen ist. In dieser Veröffentlichung heißt es unter an-  
derem:

„Obwohl der Umsatz reichlich die doppelte Vorjahrs-  
höhe erreichte, blieb der Reingewinn mit 273 718  
Mark (299 136) etwas zurück infolge erhöhter Unkosten.  
Hieraus werden, wie berichtet, u. a. 12 Proz. Dividende (im  
Vorjahre 11 Proz.) auf die Aktien vorgeschlagen, während  
nach 33 620 Mk. (im Vorjahre 105 000) Rücklagen, 14 654  
Mark (im Vorjahre 4296) vorgetragen werden.“

Hiernach betrug der Reingewinn 273 718 Mk., während  
in der Bilanz auf der Passivseite als Reingewinn (Gewinn-  
und Verlustkonto) nur 14 653,77 Mk. eingelegt sind.

Prüfen wir nun, wie der eigentliche Gewinn in der Bi-  
lanz verdeckt ist, so finden wir jetzt, daß die auszuzahlende  
12prozentige Dividende im Betrage von 90 000 Mk. als

Passivposten unter Dividendenkonto verbucht ist; die den Be-  
trag von 90 000 Mk. übersteigenden 879 Mk. mögen eine  
nicht abgehobene Dividendensumme aus den vorigen Ge-  
schäftsjahren sein. Der Posten Zantienkonto in Höhe von  
15 444 Mk. ist auch zum Reingewinn zu zählen. Zählt man  
nun die drei genannten Posten, die zweifelsfrei zum Reingewinn  
gehören, zusammen, so ergibt sich folgende Rechnung:

Dividende	90 000,— Mk.
Zantien	15 444,—
Gewinn- und Verlustkonto (Rest)	14 653,77
	120 097,77 Mk.

Es fehlt also an der in der erwähnten Zeitungsnotiz  
angegebenen Summe von 273 718 Mk. noch der Betrag von  
153 620,23 Mk. Diese Summe ist — entgegen den gesetz-  
lichen Bestimmungen — bereits auf die Rücklagen verteilt.

Bei einer ordnungsmäßig aufgestellten Bilanz würde es  
sich bei den Rückstellungen: Reservefondskonto I und II und  
Kriegssteuerrücklagekonto um Fonds handeln, die diese  
Höhe bereits vor der Aufstellung der vorlie-  
genden Bilanz erreicht hatten. Bei dem Posten  
Dividendenkonto würde es sich um nicht abgehobene Divi-  
denden früherer Jahre handeln.

Die vorliegende Bilanz ist also absichtlich irre-  
führend und entspricht nicht den Vorschriften des Gesetzes.  
Wer nicht aus anderen Quellen erfährt, wie hoch der Reingewinn  
ist, erfährt es durch diese Bilanz nicht oder muß zu  
falschen Schlüssen kommen.

Es wird zu den Aufgaben der Betriebsräte gehören, auf  
die Aufstellung und Veröffentlichung wahrheitsgemäßer und  
klarer Bilanzen zu dringen. Mit den Mitteln der Bilanz-  
fälschung und Verschleierung lassen sich die Arbeiter über die  
Gewinnjucht der Unternehmer nicht mehr täuschen.

zu zeigen, wie man auf jener Seite von der Arbeit unserer Gewerkschaften denkt, die die deutsche Arbeiterschaft ein Menschenalter lang vor dem kapitalistischen Raubbau in höchster Potenz bewahrt und ihnen so die Kraft erhalten haben, auch den sozialistischen Gedanken und die politische Bewegung für ihn lebendig zu erhalten.

Zum Lohn dafür werden sie jetzt von Reuten beschimpft, die es in ihrem Lande erst unter ihrer Diktatur zu Gewerkschaften gebracht haben, die aber nun, dank der Diktatoren, verurteilt sind, sich lediglich im Sinne des Bolschewismus zu betätigen und ein Wirtschaftssystem — wenn man es beschönigend so nennen will — zu stiften, das sie am liebsten morgen schon zu allen Teufeln gehen läßen, aber aufrechterhalten helfen — auf wie lange, wird sich zeigen —, nicht aus Liebe zum Bolschewismus, sondern zum Sozialismus bzw. Kommunismus überhaupt. Losowsky war auf beiden Kongressen nur Gast. Um so empörender ist die Annahme, mit der sogar er unsere Gewerkschaften und deren Führer, in rücksichtsloser Ausnutzung des Gastrechts, abzufanzeln wagte. Doch besaßen wir uns zunächst mit Sinowjew. Er sagte in Halle nach dem Bericht der „Freiheit“:

„Die Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam ist ein Stück der Zweiten Internationale. Sie ist das Bollwerk der internationalen Bourgeoisie. Wer sind die Führer der Gewerkschaftsinternationale? Das sind die Legien und Jouhaux, die Agenten des Kapitals. Und mit diesen Kräften wollen Sie nicht brechen? Sie haben mir darin beigegeben, daß die geistige Orientierung im Augenblick die Hauptsache ist, und dann wollen Sie im Bunde mit derselben Gewerkschaftsinternationale bleiben? Gewiß sind die Weißgardisten, die Männer von der Orgesch, keine sehr angenehmen Leute, aber ich behaupte, sie sind nicht so gefährlich wie die Leute von der gelben Gewerkschaftsinternationale.“

Der Behauptung Sinowjews trat verdientermaßen Hilferding in seinem Korreferat scharf entgegen. Er erklärte nach dem „Freiheits“ Bericht:

„Wir haben gehört, wie Sinowjew die Gewerkschaftsbewegung behandelt hat und wie er insbesondere die Gewerkschaftsinternationale eine „gelbe“ genannt hat. Ich verstehe nicht, wie Mich. Müller sich zu einer „gelben Gewerkschaftsinternationale“ hat delegieren lassen, wie er sogar auf ihren Kongressen erschienen kommt. In Wirklichkeit glaubt bei Ihnen niemand daran, daß diese Gewerkschaftsinternationale eine „gelbe“ sei. Sie soll zerstört werden, ebenso wie jetzt die Partei zerstört werden soll. Aber die Gewerkschaftsinternationale ist die einzige Internationale, die aktionsfähig ist. Ihr Verlangen im Boykott gegen Ungarn ist das Verlangen der südslawischen Arbeiterschaft. Unser Boykott gegen die Waffenlieferungen mußte getragener werden von den Gewerkschaften, und der Dank Sinowjews müßte ja eigentlich diesen Männern erstattet werden. Es ist deshalb politische Falschmünzerei, wenn Sinowjew Gewerkschaftler, die anderer Meinung sind, mit den Mördergenitalen und Orgeschleuten auf eine Stufe gestellt hat.“ (Lebhafte Beifälle.)

Losowsky erklärte nach dem Bericht der „Freiheit“:

„Die Resolution, die Hilferding vorgelegt hat, schneidet die Frage der Amsterdamer Internationale an. Wenn Sie die Arbeit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, ihr Programm usw. betrachten, werden Sie ihren Charakter erkennen. Auf dem Kongress der Amsterdamer Internationale im vorigen Jahr haben die Apollon und Jouhaux die deutschen Gewerkschaften des Verrats angeklagt, weil sie den deutschen Imperialismus unterstützt hätten. Sie gehen eben von der Vorstellung aus, daß eine Unterjüngung des deutschen Imperialismus ein Verbrechen ist, während die Unterstützung des englischen und französischen Imperialismus von ihnen nicht verurteilt wurde. Die auf Veranlassung des Völkerbundes einberufene Konferenz in Washington im vorigen Jahre hat ein Internationales Arbeitsamt geschaffen, an dem die Vertreter der Gewerkschaften aller Länder beteiligt sind. An der Spitze dieses Internationalen Arbeitsamtes, an dem auch der Allgemeine Gewerkschaftsbund teilnimmt, steht ein Albert Thomas, über den uns Genosse Longuet Auskunft geben kann. Losowsky verliest das Programm dieses Arbeitsamtes und fragt: Was tun die deutschen Gewerkschaften in dieser Organisation, in der das Geld des Völkerbundes arbeitet? Das ist die Fortsetzung der nationalen Politik, die von den Gewerkschaften vier Jahre lang getrieben worden ist. Losowsky verliest eine Rundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wegen der Lage der ober-schlesischen Arbeiter, in der gebeten wird, darauf hinzuwirken, daß die Besatzungsmächte ihre Befehle aus Ober-schlesien zurückziehen. Daraus erkenne man die reformistische Vorstellung, daß man das Geld durch Verhandlungen für die Arbeiterklasse aus der Welt schaffen. Das ist die Taktik des Burgfriedens während der Kriegsjahre.“

Der Bericht verzichnet hier „Stürmische Unterbrechung“. Als Losowsky fortwährend weiter gegen die deutschen Gewerkschaften und gegen die Gewerkschaftsinternationale polemisiert und sie mit den größten Schimpfwörtern belegt, als er auch den Parteitag beleidigt, auf dessen Veranlassung er in Deutschland bleiben kann, bricht auf der rechten Seite ein ungeheurer Sturm aus. Ledebour verlangt, daß Losowsky das Gastrecht nicht durch den Geist sektiererischer Verheerung mißbrauche. Dikmann erklärte: Wir haben den lebendigsten Protest zum Ausdruck gebracht, nicht wegen einer formalen Sache, sondern weil Losowsky im Anschluß an die Ausführungen Sinowjews in scharfer beleidigender Form uns angegriffen hat. Er hat die Gewerkschaftsinternationale auf eine Stufe gestellt mit den Gelben. (Zuruf von der Linken: Sehr richtig!) Dikmann verliest einen Satz aus der letzten Partie, in dem es heißt, daß die Gewerkschaftsinternationale mit ganzer Umgebung sich gebunden hätte an die internationale Bourgeoisie. (Zuruf von der Linken: Sehr richtig!) Die Gewerkschaftsinternationale besteht aus 27 Millionen Arbeitern. Anschließend daran hat Losowsky sich mit meinen Bemerkungen auf dem Internationalen Metallarbeiterkongress befaßt, und da habe ich ihm zugerufen: „Internationaler Schwindel“. Ich habe keine Ursache, irgendetwas zurückzunehmen. Wir haben die Beschimpfungen auf die internationalen Gewerkschaften tagelang angehört, jetzt erklären wir aber, daß die deutschen Gewerkschaftler wissen sollen, daß auch auf unserem Parteitage noch Leute sind, die das Ohrgefühl haben, solche Beleidigungen zurückzuweisen. (Stürmischer Beifall und Unruhe.)

Brach verliest den ganzen letzten Absatz aus der Rede Losowskys. Es gehe auf dem hervor, daß die deutschen Gewerkschaften nicht beleidigt werden sollten. Es seien nur die Führer der Gewerkschaftsinternationale damit gemeint gewesen, und von Dikmann werde darin gesagt, daß er trotz seiner Kritik an der reformistischen Gewerkschaftspolitik doch diese unterstützt habe. Schließlich erhielt Losowsky das Recht, seine Begrüßungsansprache zu beenden. Er leitete diesen „brüderlichen“ Gruß in folgende Ausführungen (wir zitieren wieder den „Freiheits“-Bericht):

Er betont, er habe die Gewerkschaftsinternationale so scharf angegriffen wegen ihrer Politik, die keine internationale Politik sein könne. Wer diese Politik während des Krieges betämpft habe, könne sie jetzt nicht unterstützen. Das tue aber Dikmann. Wegen dieser Äußerungen kommt es erneut zu stürmischen Unterbrechun-

gen, da sie im wesentlichen eine Wiederholung seiner früheren Ausführungen darstellen. Vergebens versucht der Vorsitzende Brach mitemtänzlich durch Klängen Ruhe zu verschaffen. Nur dadurch, daß Dikmann die Genossen auf der Rechten beruhigt, kann Losowsky weiterreden. Er bezieht sich jedoch auf eine Rede in Berlin, in der er erklärt habe, die Spaltung der Gewerkschaften sei ein Verbrechen. (Zuruf: Heuchelei!) Die Gewerkschaften wenden sich gegen die kommunistischen Zellen in ihren Organisationen. Losowsky beruft sich auf die Afa und zitiert den letzten Bericht über die Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten, aus dem hervorgehe, daß man die Zellen ausschließen wolle. Die Unabhängigen Gewerkschaftler müßten in den Gewerkschaften die gemeinsame Front mit den Kommunisten herstellen, sonst gäbe es keine Fortführung der Revolution. Nach etwa viertelstündigen Ausführungen tritt Losowsky unter dem Beifall der Linken ab.

Wir bringen diese russischen Zwischenakte zur Kenntnis unserer deutschen Gewerkschaftsgenossen, damit sie den „Brüderlichkeit“ und „Arbeiter-solidarität“ lernen können, der ihnen von Moskau gepredigt wird. Weiteres möchten wir dieser Besprechung nicht hinzufügen.

**Zurückweisung durch den Parteitag der U.S.P.**

Der Parteitag der U.S.P. beschloß in seiner letzten Sitzung folgende Resolution:

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, Sinowjew, brachte in seinem Referat zum Ausdruck, daß die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften viel gefährlicher seien als Bürgerwehr, Orgesch und Weißgardisten.

Diese Methode der bewußten und beabsichtigten Verleumdung der freien Gewerkschaftsbewegung wurde am nächsten Tage durch den Vertreter der russischen Gewerkschaften, Losowsky, fortgesetzt, er wagte es, den in den Gewerkschaften organisierten revolutionären Arbeitern und Angestellten nationalistische Politik zu unterstellen und die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften als „Gelbe“ zu verleumden.

Zu all diesen Beschimpfungen brachte es die sogenannte „Linke“ des Parteitages einschließlich der auf jener Seite sitzenden Gewerkschaftsvertreter fertig, stürmischen Beifall zu spenden.

Der Parteitag der U.S.P.D. weist aufs entschiedenste diese unerhörten Beschimpfungen und dauernde Herabsetzung der in den freien Gewerkschaften organisierten vielen Millionen von Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten und diese Methode der bewußten Verleumdung der Gewerkschaften und die daraus folgende Spaltung der Gewerkschaften zurück.

Er fordert alle Mitglieder der Partei auf, mit verdoppelter Energie den Kampf um die Revolutionierung der freien Gewerkschaften und ihre Umwandlung in Industrieorganisationen fortzuführen, unter scharfster Ablehnung der Politik der Arbeitsgemeinschaften.

Angefaßt der starken Einheitsfront des gesamten Unternehmertums ist die geschlossene Front der freien Gewerkschaften als Kampfinstrument gegen die kapitalistischen Verleumdungsstendenzen eine zwinrende Notwendigkeit. Darüber hinaus aber müssen die freigewerkschaftlichen Organisationen aller Hand- und Kopparbeiter gemeinsam mit den Betriebsräten den Kampf um die Produktionskontrolle führen zur Einleitung und Unterstützung des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Verwirklichung des Sozialismus.

Dieser Bestreitungskampf kann nur zum Siege führen, wenn die Einheitsfront der wirtschaftlichen Organisationen des revolutionären Proletariats unangefastet bleibt.

Der Parteitag fordert daher alle Genossen und Genossinnen auf, jeden Versuch — von welcher Seite er auch kommen möge —, die Zersplitterung in die Reihen der nationalen wie internationalen freien Gewerkschaftsorganisationen hineinzutragen, aufs entschiedenste zurückzuweisen.

Wer die Spaltung in die freie Gewerkschaftsbewegung hineintragt, schwächt die Macht des revolutionären Proletariats, stärkt die Bourgeoisie und das Unternehmertum, verrät die Interessen der Arbeiter und verzögert damit den Sieg des Sozialismus.

Es lobte die Einheitsfront der revolutionären Hand- und Kopparbeiter!

**Die Arbeitslosigkeit im Verbandsgebiet während des 3. Quartals.**

Der größere Bedarf an Bekleidungsgegenständen während der kühleren Jahreszeit wirkt in den Herstellungsmonaten der Wintererfordernisse naturgemäß stark auf die Textilindustrie ein. Wenn der Sommer zur Miste geht, legt deshalb lebhafter Geschäftsgang ein. Die zum größten Teil kapitalistische Raffgier geschuldete Verteuerung der Textilstoffe aller Art hat die notwendige und geregelte Eindeckung der minderbemittelten Bevölkerung mit Bekleidungsstücken verhindert. Letzten Endes muß aber für den Winter das Allernotwendigste, und sei es auch auf Kosten der übrigen Lebenshaltung, insbesondere der seit langem schon unternormalen Ernährung, beifast werden. Die Zeit des Barfußgehens, der dünnen Fänschen, der „Westflinger“ (Wejse fehlt) muß für dieses Jahr beendet werden, will man nicht an dem teuersten und kostbarsten Gut auch der ärmsten Menschheit: an der Gesundheit Schaden leiden. Die in normalen Zeiten vorhandenen hauswirtschaftlichen Vorräte an Kleidern für den Winter sind restlos verbraucht; aus Servietten, Hand- und Tischtüchern sind längst Kinderkleidchen und Hemden zurechtgeschneidert worden, aus Decken und Vorhängen Mäntel, weil man sich durch diese Umwandlungen vor den zu wahnwitziger Höhe gestiegenen Kleiderstoffpreisen schützen wollte. Nun ist aber auch dieser Ertrag wieder den Weg alles Vergänglichem gewandert, es muß Neues gekauft werden, die Läger der Geschäftslente leeren sich, neue Bestellungen bei den Fabrikanten sind getätigt, und lediglich dadurch belebt sich die Produktion in fast allen der Erzeugung von Kleiderstoffen dienenden Unternehmungen.

Die totale Arbeitslosigkeit unter der Verbandsmitgliedschaft, die neben der Kurzarbeit unsere Kollegen so arg heimlichste, stieg vom Beginn des Frühlings, dem Einsetzen wärmerer Tage, unaufhörlich. Im März betrug sie 2,9 Proz., im April 3,6 Proz., im Mai 6,2 Proz., im Juni 8,5 Proz., und schnellte in den Hochsommermonaten des Juli auf 17 Proz. hinauf, um dann analog dem Einsetzen der Zeit des Weinens der Herstellung des Winterbedarfs im August auf 13,6 Proz. und im September auf 7 Proz. zu sinken. Die Zahl der vollständig arbeitslosen Verbandsmitglieder der berichtenden Filialen war in den gleichen Monaten: 12 340, 16 577, 30 295, 39 465, 80 279, 65 110 und 32 559. Die Zahl der arbeitslosen Kolleginnen stand durchgängig während der genannten Monate im Verhältnis zu der der arbeitslosen Kollegen wie 2 : 1; nur im September war sie noch um rund 3000 höher als die Doppeltzahl der letzteren. Diese Erscheinung zeigt aber mehr die Zusammenziehung des Verbandes an — bei der Septemberzählung: 173 753 männliche, 327 979 weibliche, zusammen 501 732 Mitglieder —, als eine erheblich größere Arbeitslosigkeit der Kolleginnen, denn im Prozentverhältnis sind diese während der jüngsten 7 Monate im

Durchschnitt nur um 1,0 Proz. stärker an der Arbeitslosigkeit beteiligt als die Kollegen.

Un Unterstützungen für Arbeitslosigkeit hatten die berichtenden Filialen im 1. Vierteljahr 77 000 Mk. für männliche Mitglieder und 121 000 Mk. für weibliche Mitglieder gezahlt, im 2. Vierteljahr 168 000 und 162 000 Mk. und im 3. Vierteljahr 627 000 Mk. für männliche und 1 200 000 Mk. für weibliche Mitglieder. Diese Ausgaben sind in Wirklichkeit höher, denn ein Sechstel bis ein Fünftel unserer Filialen haben bisher leider immer noch die regelmäßige Berichterstattung mittels der grauen und gelben Karten an die Zentrale veräumt, so daß deren Unterstützungen hierbei gar nicht in Betracht kommen. Die auffallend größere Aufwendung an Arbeitslosenunterstützung: mehr als das Neunfache im 3. Vierteljahr gegenüber dem 1. Vierteljahr und fast das Sechsfache gegenüber dem 2. Vierteljahr, erklärt sich aus der in dieser Zeitspanne um 60 000 Köpfe gewachsenen Mitgliederzahl, der dadurch erfassten größeren Anzahl von arbeitslosen Mitgliedern und namentlich auch durch die Wirksamkeit des inzwischen in Kraft getretenen höheren Unterstützungsatzes für den 1,20-Mk.-Beitrag. — Das Reich suchte den fürstbaren Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu steuern, indem es neuerdings die Sätze der Erwerbslosenfürsorge um rund ein Drittel erhöhte; die staatlcherseits geplante Arbeitslosenversicherung wirft bereits ihre Schatten voraus. Auf alle diese Milderungsmittelchen würde die Arbeiterschaft gern verzichten, wenn ihr die Möglichkeit gegeben würde, die Arbeitskraft wieder voll entfalten zu können. Rr.

**Ein Unternehmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit.**

Ein Unternehmen, das Beachtung verdient, ist in Verhandlungen zwischen der reußischen Staatsregierung, einem Konsortium des Gera-Gröizer Textilindustrialbezirks, dem Verband Thüringer Konsumvereine und der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. zustande gekommen. Zweck dieses Unternehmens ist, die seit Monaten in erheblichem Maße vorhandene Arbeitslosigkeit im Gera-Gröizer Textilbezirk herabzumindern bzw. auf einen längeren Zeitraum hinaus ganz zu beseitigen. Das letztere dürfte für die Dauer des Winters als gelungen zu betrachten sein. In langen und schwierigen Verhandlungen, an denen sich auch der Demobilisierungskommissar für Thüringen beteiligte, wurde erreicht, daß die vorhandenen Lagerbestände der Fabriken zum großen Teil geräumt werden, wofür die Fabrikanten die Verpflichtung übernehmen, die gleiche Zahl von Arbeitsstunden mehr arbeiten zu lassen, die das vom Lager abgehende Stück darstellt, so daß der Zweck des Unternehmens, die Arbeitslosigkeit zu beheben, in mehr oder weniger hohem Maße erfüllt wird. Die Fabrikanten verzichten nicht nur auf jeden über den Erlag an Produktionsmitteln hinausgehenden Gewinn, sondern bringen auch noch nach unparteiisch-sachmännischem Urteil erhebliche Opfer. Die Kalkulation steht unter Kontrolle, bei Beteiligung von Beauftragten aus Arbeitnehmerkreisen. Dadurch kommt das Unternehmen produktiver Erwerbslosenfürsorge zugute. In ungenügender Weise stellt auch die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. ihre große Betriebsorganisation zum Versand und zum Ankauf zur Verfügung, und die Thüringer Konsumvereine mit ihren 200 000 Mitglidern, mit denen sie nahezu die Hälfte der Thüringer Bevölkerung umfassen, übernehmen mit ihren über 600 Warenabgabestellen die Verteilung und berechnen nur die reinen Verteilungskosten. Dadurch wird ein Preis für die zum Absatz gelangenden Waren erzielt, der erheblich unter den heutigen Verkaufspreisen für die gleichen Waren im freien Markte liegt. Durch diese organische verständnisvolle Zusammenarbeit der eingangs erwähnten Faktoren wird demnach ein doppelter Erfolg verbürgt: einmal, die Arbeitslosigkeit auf Monate hinaus beseitigt, dann aber auch den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften, die meist selbst mehr oder weniger unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben, Gelegenheiten gegeben, den notwendigen Ertrag an Bekleidungsgegenständen zu bewirken zu Preisen, die ganz erhebliche Vorteile bieten und ihren beschränkten Erwerbsverhältnissen Rechnung tragen. In Frage kommen wollene Herren- und Damenstoffe sowie Baumwollnesel nur einwandfreier Qualitäten. Finanziert wird dieses Unternehmen von der Girozentrale Magdeburg, unter Garantie der reußischen Regierung, neben der wieder die Großeinkaufs-Gesellschaft und die gesamten Thüringer Konsumvereine stehen.

Jedenfalls handelt es sich hier um einen Versuch, der nach verschiedenen Seiten Beachtung beanspruchen darf und auch, volkswirtschaftlich betrachtet, erfreuliche Aussichten eröffnet. Entwickelt hat sich dieses Unternehmen aus dem Bestreben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und Arbeitsgelegenheit anstatt der Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Das allein ist wert, dem Unternehmen vollen Erfolg zu wünschen. Dann aber wird durch die organische Eingliederung der Konsumentenorganisation in den Verteilungsprozeß unter Vermeidung jedweden unnötigen, erschwerend und verteuern wirkenden Apparats — so fällt z. B. die kostspielige Bemusterung weg — ein Niedrigstmaß von Verteilungskosten erreicht, das naturgemäß erheblich verbilligend wirkt. Es ist ein organischer Preisabbau, der im Zusammenarbeiten der Konsumentenorganisationen erzielt wird und der, weil er methodisch erfolgt, zu greifbareren Resultaten führt als der wilde Preisabbau der vergangenen Monate. Es wird nun an den Mitgliedern der Konsumentenorganisationen liegen, diesem Unternehmen die notwendige Unterstützung zu gewähren, was um so leichter fallen wird, da zugleich auch der Vorteil jedes einzelnen dabei gewahrt wird.

Vorstehende Zeilen waren zu Papier gebracht, als eine Rede des Reichsarbeitsministers, die er in Dresden bei der Verhandlung über Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit gehalten hat, bekannt wurde. Der Minister betonte die Notwendigkeit der Umstellung unserer Wirtschaft, die zur Ausschaltung der viel zu vielen Zwischenglieder auf dem Wege des Produktes vom Erzeuger zum Verbraucher führen müsse. Des ferneren bezeichnete er die Organisation der Verbraucher in Genossenschaften oder sonstigen Verbänden als ein Mittel zur Entkleidung des Verteilungsprozesses der Ware von unnötigen, verteuern wirkenden Zwischengliedern und stellte schließlich Staatskredit in Aussicht für die Schaffung von geeigneten Organisationen zum Zwecke des Warenumfanges und damit zur Belebung der Industrie. Im besonderen zielte der Minister dabei auf die Textilindustrie ab. Wenn die Rede eine Art Programm bedeuten soll, dann muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß dem Minister bei

feinen Ausführungen eine organische Zusammenarbeit zwischen Erzeuger und Verbraucher vorgezeichnet hat ähnlich der, wie sie in dem oben dargestellten Thüringer Unternehmen verwirklicht ist. In Hinsicht auf diese Rede gewinnt deshalb der Thüringer Versuch erhöhte Bedeutung.

### Zum Rückgang der Stickereiindustrie.

Zu einer Gefahr für die Stickereiindustrie ist der in ihr in letzter Zeit betriebene Lohndruck geworden.

Der Deutsche Textilarbeiterverband war immer bestrebt, die Löhne der Sticker und Lohnsticker tariflich zu regeln; doch eine Arbeitsgemeinschaft, die zwischen ihm und dem Lohnmaschinenbesitzerverein bestand, ist auf Betreiben der Fabrikantenschutzgemeinschaft vom Schlichtungsausschuß in Klauen für ungültig erklärt worden, weil die Lohnsticker (Maschinenbesitzer) Arbeitgeber wären und als Kontrahenten bei Tarifabschlüssen mit dem Deutschen Textilarbeiterverband gegenüber der Fabrikantenschutzgemeinschaft nicht in Frage kommen könnten. Infolgedessen konnten Tarifverträge nur zwischen dem Deutschen Textilarbeiterverband und der Fabrikantenschutzgemeinschaft abgeschlossen werden. Zwar gelang es dem Verband noch einmal bei Abschluß eines Tarifvertrages, die Löhne der Handmaschinenbesitzer mit zu regeln, doch schon nach drei Monaten kündigte die Fabrikantenschutzgemeinschaft den die Handmaschinenbesitzer betreffenden Teil des Tarifvertrages, so daß für sie ab 1. August d. J. eine tariflose Zeit besteht.

Und der Lohndruck begann; er hat sich mit der Zeit zu einem wahren Skandal ausgewachsen.

Die Firmen verpachten nun nämlich ihre Maschinen an die Sticker, wodurch diese von Lohnarbeitern zu selbständigen Unternehmern aufrücken, für die natürlich kein Tarif besteht, ein Umstand, der den Lohndruck ungemein begünstigt. Hat doch die Firma Diez in Neustadt ihren Betrieb mit 60 Maschinen stillgelegt und diese an einen Teil der bei ihr beschäftigt gewesenen Sticker verpachtet. Sie ist nun nicht mehr an die Zahlung der Tariflöhne gebunden. Und in anderen Orten geschieht daselbe.

Die zu „Unternehmern“ aufgerückten Sticker suchen natürlich die Lohnverluste durch Arbeitszeitverlängerung wettzumachen und Frau und Kind in den Arbeitsprozeß mit einzubeziehen. Man glaube aber nicht, daß der Niedergang der Stickerei dadurch aufzuhalten sei; sie muß, wenn nicht andere Maßnahmen dagegen ergriffen werden, der ausländischen Konkurrenz — der schweizerischen und amerikanischen — erliegen, und nicht zum wenigsten infolge des Lohndrucks.

Freilich, der Behauptung der Unternehmer, daß sie nicht mehr konkurrenzfähig seien, muß entgegengehalten werden, daß sie zur Verteuerung der Stickereien selber beigetragen haben, indem sie das ihnen mit Hilfe des Deutschen Textilarbeiterverbandes verschaffte Garnmaterial zu hohen Preisen verkauften, anstatt es vorarbeiten zu lassen; nur ein kleiner Teil der Unternehmer hat sich von Garnverchiebungen ferngehalten. Die fertigen Stickereien sind natürlich nicht nach den geringeren Einkaufs-, sondern nach den höheren Verkaufspreisen berechnet worden. So sind die Stickereien enorm verteuert worden — zugunsten der Auslandskonkurrenz.

Die Konkurrenz, die der vogeländischen Stickereiindustrie vom Auslande jetzt gemacht wird, kann nicht durch Lohndruck und geringe Preise, sondern nur durch bessere, verbesserte Warenqualitäten mit Erfolg bekämpft werden. Zu deren Herstellung brauchen wir aber geschulte Arbeitskräfte. Sie kann man sich nur erhalten, wenn man ihnen ein leidliches Existenzminimum sichert.

Zu Drücken und Unterziehen der Böhne muß auch Halt gemacht werden, weil sonst kein anständiger Unternehmer mehr in der Lage sein wird, eine sichere Kalkulation aufzustellen, wovon aber Aufschwung und Niedergang eines Produktionszweiges zu einem guten Teile abhängt.

### Der Konflikt in der Metallindustrie Italiens.

II.

Von Seiten des Metallarbeiterverbandes folgten lange Gegenerklärungen. Er gab schließlich die Weisung aus — und die anderen Organisationen schlossen sich ihm an —, in der Fabriken keine Ueberstunden mehr zu machen und mit der Obstruktion sofort zu beginnen. Die Weisung für die Obstruktion lautete:

1. Die Produktion muß auf ein Minimum reduziert werden. Die Sticker dürfen nicht den Grundlohn überschreiten. Die auf Prozente gestellten Arbeiter haben so wenig wie möglich herbeizubringen.
2. Niemand darf sich ohne Grund von seinem Posten entfernen und jedermann muß stets fleißig erscheinen, um den Unternehmern nicht leichte Vorwände zu geben, Arbeiter zu entlassen und die Ausperrung zu proklamieren.
3. Die Arbeiter dürfen sich nur Feilen und Werkzeuge bedienen, die für die Arbeit zu gebrauchen und in gutem Zustande sind.
4. Notwendige Reparaturen an Maschinen, Treibriemen usw. müssen solange wie möglich hingehalten werden.
5. Jeder Arbeiter führt nur die ihm ausdrücklich aufgetragene Arbeit aus, besonders in dem was die Delung, Reinigung usw. betrifft.
6. Mit dem Oelen und Reinigen der Maschinen ist zu warten, bis sie stillgesetzt sind, wie es die Vorschrift verlangt.
7. Wenn Arbeiter aus obigen Gründen entlassen sind, müssen sie trotzdem in der Fabrik bleiben und jeden Tag zur selben Zeit wie ihre Kollegen wieder zur Fabrik zurückkehren. Versucht man, sie mit Gewalt zu entfernen, so müssen sie mit allen Mitteln — Gewalt eingeschlossen — ihren Willen durchzusetzen suchen.
8. Wird die Ausperrung erklärt, so müssen die Arbeiter dennoch sich den Eintritt in die Fabrik erzwingen, selbst indem sie die Türen aufbrechen und ihre Arbeit auf ihre eigene Rechnung fortsetzen.

Gegen Ende August erweiterte sich die Obstruktion und wurde schärfer, indem hier und da Zwischenfälle eintrafen, die das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter verschärfen.

Die Organisation der Unternehmer erklärte, daß die Taktik des Obstruktionismus eine Vergewaltigung der Arbeitsordnungen sei. In einer Versammlung am 26. August, nachdem behauptet worden war, daß die Methode der Ar-

beiter bei Anwendung der Obstruktion selbst über die vom Zentralkomitee des Metallarbeiterverbandes gegebenen Instruktionen hinausgingen, machten sie geltend, daß diese von der Arbeiterorganisation angenommene Kampfesform — angewandt, um die Unternehmer zu zwingen, für keine oder fast keine Arbeit Lohn zu zahlen — die Unternehmerorganisation zwingen würde, Gegenmaßnahmen zu treffen, wie Entlassung, Aussperrung usw.

Doch zwischen dem 27. und 28. August fanden die ersten Zusammenkünfte zwischen dem Arbeitsministerium, dem Untersekretär des Präsidenten des Ministerrats und dem Untersekretär des Innern und den Vertretern der im Kampf befindlichen Arbeiter statt, jede für sich. Am 28. August erklärte sich der Abg. Buozzi, Generalsekretär des Metallarbeiterverbandes, bereit, unmittelbar mit den Unternehmern zu verhandeln, vorausgesetzt, daß sie geneigt wären, weiteres Entgegenkommen zu zeigen. Doch zwischen dem Ende des Monats August und dem 1. September hatte man schon das Gefühl, daß ein schärferer Kampf unvermeidlich sei. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes und das Agitationskomitee richteten Aufrufe an die Arbeiter, sich bereitzuhalten zur Befolgung der Weisungen des Verbandes.

Am 30. August proklamierte die Mailänder Gesellschaft Remco, die Entscheidungen des Landesverbandes der mechanischen und Metallindustrie nicht abwartend, die Aussperrung in ihren Betrieben, um gegen Akte von Sabotage, die man an ihren Maschinen ausgeübt hatte, zu protestieren. Die Arbeiter weigerten sich, die Fabriken zu verlassen; sie schlossen sich in ihnen, mit Lebensmitteln versehen, ein, bezielten aber als Geiseln die Ingenieure und technischen Leiter bei sich.

Am 1. September proklamierte dann der Landesverband der mechanischen und Metallindustrie die Aussperrung. Seine Proklamation war von einer Kundgebung begleitet, in welcher der Bundesrat der Organisation der Unternehmer „feststellte“, daß die Obstruktion in einen Zustand völliger Anarchie ausgeartet sei, daß die Produktion fast ganz aufgehört habe und unnützer Raub der Grund- und Brennstoffe zu verzeichnen sei, auch daß Gewalttätigkeiten gegen Personen und Maschinen vorgekommen seien, so daß unter solchen schwierigen Umständen die Unternehmer auf die Schließung der Betriebe verzichtet hätten, um jedes unstatthafte Vorgehen der Arbeiter zu vermeiden, daß aber die Fortsetzung dieser Haltung der Unternehmer unmöglich geworden sei nach den letzten Gewaltakten der Arbeiter, die bis zur Festnahme des Vorsitzenden der Kommission gingen, der beauftragt war, Verhandlungen anzubahnen.

Auf die Erklärung der Aussperrung antwortete die Arbeiterorganisation, indem sie die Arbeiter anwies, die Betriebe zu besetzen, nachdem sie ihnen die Schonung von Personen und Sachen und die Fortsetzung der Arbeit anempfohlen hatte.

Am 1. und 2. September verbreitete sich die Bewegung auf die industriellen Zentren Liguriens und Neapels. Die Unternehmer erklärten sich bereit, Konsumgenossenschaften zugunsten der Arbeiter einzurichten, verweigerten aber jede Lohnserhöhung. Die Verhandlungen werden abgebrochen. In Mailand leitete das Gewerkschaftskomitee die Ingenieure und Leiter der stillgelegten Produktionszweige wieder in Freiheit.

Am 3. September halten die Arbeiter alle Mailänder Fabriken besetzt; in den wichtigsten Betrieben, wie Mailänder Gießerei und andere, wurde die Arbeit, in Verfolg einer Kundgebung des Agitationskomitees, mit Hilfe der technischen Leiter fortgesetzt. Vier andere Fabriken wurden gleichzeitig besetzt. In Rom wurden in den ersten drei Tagen der Bewegung sieben Fabriken besetzt und die Arbeit regelrecht fortgesetzt. Die Aussperrung betraf auch einige Fabriken in Neapel. Doch weiter als die Aussperrung breitete sich die Besetzung der Fabriken durch Arbeiter aus, in Genua, Legnano, Neuligurien, Bergamo, Brescia, Venedig und anderen Orten mehr. Und auf allen besetzten Fabriken wurde die rote Fahne gehißt.

Die Ingenieure, deren Abwesenheit von den Fabriken den Arbeitern große Schwierigkeiten bereite, hatten, nach einem Protest in einer Kundgebung ihrer Organisation gegen die Bedrohungen und Gewalttätigkeit, denen etliche von ihnen ausgelegt waren, beschlossen, neutral zu bleiben in dem Streit und die Fabriken zu meiden, bis zu dem Tage, wo ihre Organisation Garantie haben würde für ihre Freiheit und ihre Sicherheit.

Die Bewegung ergriff schließlich auch die Werften in den Hafenstädten und die Handelsflotte entspann sich aber schon am 6. und 7. September merklich; es machten sich Anzeichen von Müdigkeit, Jagdbastigkeit und selbst von Reaktion bei den Arbeitern bemerkbar, besonders in Genua und in Rom. Die Unternehmer machten nun erst recht zur Bedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen die Räumung der Fabriken und Wiederherstellung der Ordnung. Statt dessen wurden aber noch Fabriken außerhalb der Metallindustrie besetzt, auch Textilbetriebe, z. B. in Vella. Nach einer Intervention der Regierung kam es dann am 17. September endlich zu unmittelbaren Verhandlungen zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter auf der Mailänder Präsektur. Zu guter Letzt wurden den Arbeitern geringe Zugeständnisse an Lohnaufbesserungen gemacht und die Unternehmer nahmen wieder Besitz von ihren Fabriken.

Manche Unternehmer haben freilich die Wiederübernahme abgelehnt, weil sie daran verzweifeln, die Produktion wieder in Gang bringen zu können; ist doch die wirtschaftliche Depression in Italien derart, daß niemand mehr aus noch ein weiß. Daran ist aber nicht die Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter schuld, sondern die Besetzung war nur eine Folge der Nichtbewilligung der Arbeiterforderungen, und die Nichtbewilligung eine Folge der wirtschaftlichen Berfahrenheit.

### Aus der Textilindustrie.

**Achtung! Ronsdorf-Burscheid.** Die Firma Wilhelm Beed, Burscheid, hat kürzlich den Betrieb aufgenommen und beschäftigt zehn Arbeitnehmer, die aber weit unter Tarif entlohnt wurden. Die Arbeiter organisierten sich sogleich und verlangten nunmehr die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Herr Beed machte dauernd Schwierigkeiten und hat es fertig gebracht, die meisten Arbeiter aus dem Betrieb zu ekeln. Die Firma beabsichtigt nicht organisierte, willkürliche Arbeiterinnen einzustellen. Wir warnen daher die Arbeiterschaft dringend, bei der Firma in Arbeit zu treten. Organisierte Arbeiter dürfen ohnehin unter keinen Umständen unter den tariflichen Löhnen arbeiten.

**Der Geschäftsgang der Textilindustrie.** Der Geschäftsgang der Textilindustrie hat sich bekanntlich in Deutschland im allgemeinen etwas gehoben. Das kann wohl als ein Zeichen angesehen werden, daß wir den Höhepunkt der Krise überschritten haben. Vielfach wird das — und gewiß mit Recht — auf den äußerst niedrigen Stand unserer Valuta zu einem großen Teile zurückgeführt. Durch ihn wird uns das Auslandsgeschäft erleichtert. Je mehr das aber geschieht, um so schwächer scheint das Geschäft in den anderen Ländern zu werden, und man muß annehmen, daß unsere Ausfuhr nicht ohne ungünstige Einwirkung auf die Geschäftslage in den Aufnahmeländern bleibt. Wenigstens scheinen damit in Zusammenhang Arbeiterentlassungen in Frankreich und England zu bringen zu sein. In dieser Annahme sei berichtet, daß in der französischen Tuchindustrie 50 Proz. der Arbeiter entlassen sind und in England die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie einen bisher kaum jemals gefannten Umfang angenommen hatte schon vor dem großen Bergarbeiterausstand, der natürlich die Arbeitslosigkeit auch in der Textilindustrie noch vergrößerte. Schon vor dem Bergarbeiterausstand waren nach Zusammenstellungen des „Manchester Guardian“ durch Einschränkung der Tuchfabrikation in Leeds, wo Aufträge nur noch selten eingingen, über 500 Arbeiter beschäftigungslos geworden. Im Bradforder Bezirk ist die Erwerbslosenzahl infolge der rechtzeitigen Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht so bedeutend; nur vier Tage in der Woche beschäftigt sind rund 5000 Arbeiter. Im Zentrum der Wollindustrie sind Tausende von Arbeitern beschäftigungslos, in Dewsbury allein mehr als 500; hier herrscht eine Arbeitslosigkeit wie noch nie zuvor. Nicht mehr als 20 Proz. aller Textilarbeiter dürften jetzt hier voll beschäftigt sein. Es besteht auch keine Aussicht auf eine Besserung, denn die meisten Firmen wollen nicht auf Lager arbeiten, solange nicht auf eine Belebung des Marktes zu rechnen ist. In den Spitzen- und Gardinenfabriken von Nottingham sind nahezu 1000 Arbeiter ohne Beschäftigung. Spitzen und Strumpfwaren sind von schlechtem Geschäftsgang auch im Bezirk von Derby schwer getroffen; 30tägige Arbeitszeit wöchentlich ist hier jetzt in einer großen Spitzenfabrik durchgeführt, und die Strumpfwarenherstellung leidet unter den hohen Kosten des Rohmaterials und der Arbeitskräfte. In der Baumwollindustrie sieht es womöglich noch trüber aus. Im Bezirk Bolton arbeiten gegen 3000 Weber und Krempelarbeiter nur drei Tage wöchentlich oder eine Woche um die andere. Auch von den Spinnern sind mehr arbeitslos als in den ersten Tagen des Aricaes. In Oldham ist infolge der Einschränkung der Produktion die Erwerbslosigkeit noch nicht so fühlbar, doch wird befürchtet, daß sich die Lage in den Wintermonaten erheblich verschlimmert. Auch aus Preston und Ashton-under-Lyne wird eine beständige Verschlechterung berichtet; in Preston allein sind gegen 3000 Spinner und Weber arbeitslos. Maccburn hat schon mehrere Wochen lang die Ungunst des Geschäftsganges gespürt. Mehrere Fabriken liegen schon seit Wochen still, jetzt sind etwa 30 Betriebe geschlossen. Der fünfte Teil aller Webstühle ruht gegenwärtig. Die Spinnerei arbeitet ebenfalls mit Einschränkungen.

### Soziale Rundschau.

#### Deutsche Kinderhilfe.

Für eine solche erklärt der Vorstand des A. D. G. B. einen Aufruf. Die Verteilung der gesammelten Mittel liegt in den Händen eines zentralen Ausschusses und biete Gewähr einer sachgemäßen Verwendung. Es wird erwartet, daß die Solidarität unserer Gewerkschaftsgenossen zur Rettung unserer notleidenden Kinder nicht vergeblich angerufen wird.

#### Verlängerung der Kündigungsbeschränkung zugunsten Schwerbeschädigter.

Die im Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter bestimmte Frist, innerhalb deren eine Kündigung eines Schwerbeschädigten unwirksam wird, wenn die Hauptfürsorgestelle zugestimmt hat, ist bis zum 1. April 1921 verlängert.

#### Einschränkung der Lohnpfändung.

Durch Gesetz vom 10. August 1920 (RGBl. S. 1572) ist die Verordnung über Lohnpfändung vom 25. Juni 1919 ab 1. Oktober wie folgt geändert:

1. Der Arbeitslohn bis zur Höhe von 5000 Mk. (früher 2500 Mk.) jährlich sowie ein Fünftel des Mehrverdienstes ist nicht der Pfändung unterworfen, sofern der Schuldner seinem Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt gemäßen muß. Für jede weitere zu unterhaltende Person erhöht sich der unpfändbare Teil des Lohnes um ein Zehntel, bis zu höchstens sechs Zehnteln des Mehrbetrages.
2. Ist dies nicht der Fall, bleiben vorerst 4000 Mk. (bisher 2000 Mk.) jährlich und von dem überschüssenden Teil ebenfalls ein Fünftel von der Pfändung frei.
3. Uebersteigt der unpfändbare Teil des Lohnes bei 1 die Summe von 9000 Mk. (früher 4500 Mk.), bei 2 den Betrag von 6000 Mk. (bisher 3000 Mk.), so unterliegt die Pfändung keiner Beschränkung mehr.

1. Beispiel: Einem Arbeiter mit 10 000 Mk. Jahreslohn und drei unterhaltspflichtigen Personen dürfen nicht gepfändet werden: 5000 Mk. Grundbetrag + 1000 Mk. (1/5 des Mehrverdienstes) + 3000 Mk. (1/10 des Mehrverdienstes), zusammen also 9000 Mk. Der Pfändung unterliegen demnach nur 1000 Mk.

2. Beispiel: Ein unverheirateter Arbeiter ohne unterhaltspflichtige Personen verdient jährlich 15 000 Mk. Unpfändbar sind: 4000 Mk. (Grundbetrag) + 2200 Mk. (1/5 des Mehrverdienstes) = 6200 Mk. Da aber nach Absatz 3 vorstehenden Artikels nur 6000 Mk. pfändungsfrei sind, verfallen die übrigen 2000 Mk., insgesamt also 9000 Mk., dem Schuldner.

#### Auf zum Kampf um die Sozialisierung.

Die „Freiheit“ veröffentlichte vor kurzem unter der Ueberschrift: „Der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues beginnt“ den Entwurf eines Kohlenwirtschaftsgesetzes, den die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion im Reichstag einbrachte hat. In der Einleitung schreibt die „Freiheit“: „Zur Einleitung des Kampfes hat unsere Fraktion einen Gesetzesentwurf für die Sozialisierung des Bergbaues dem Parlament vorgelegt, der mit einigen Abweichungen dem Vorschlag I der Sozialisierungskommission folgt. Der Gesetzesentwurf beschränkt sich abschließend auf das, was sofort verwirklicht werden muß, aber auch verwirklicht werden kann. Er berücksichtigt in weitgehendstem Maße den bestehenden Zustand un-

die Notwendigkeiten des Uebergangs, er stellt also die Minimalforderung der Arbeiterklasse dar, die durchgeführt werden muß, wenn von einer Sozialisierung des Bergbaues überhaupt gesprochen wird. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ruft das gesamte Proletariat auf, diese Aktion zu unterstützen. Unsere Genossen im Lande werden die Frage der Sozialisierung des Bergbaues in den Vordergrund ihrer Aktion rücken und gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften den Kampf organisieren. Der geschlossenen Front des Unternehmertums müssen die geschlossenen Reihen des Proletariats entgegengesetzt werden. Wir wissen, daß auch die Sozialisierung des Bergbaues noch nicht die Verwirklichung des Sozialismus bedeutet. Aber dieser Kampf bedeutet den Anfang, damit rückt der Sozialismus überhaupt in den Mittelpunkt der Politik, und in dem Ringen um die Entscheidung über den Bergbau wird das Proletariat die erste große Schlacht schlagen müssen zur Eroberung der politischen und ökonomischen Macht.

Am Anschließ daran wird der Entwurf für das Kohlenwirtschaftsgesetz, der 24 Paragraphen umfaßt, nebst einer Begründung veröffentlicht.

**Steigerung der Lebenskosten in England.**

Die Darstellungen über Lebenskosten, die das Arbeitsministerium herausgibt, zeigen, daß der allgemeine Stand der Kleinhandelspreise, einschließlich Nahrung, Kleidung, Brennstoffe, Beleuchtung und Mieten, am 1. Oktober 1914 Prozent über dem Stand vom Juli 1914 war. Für Nahrungsmittel allein zeigt der 1. Oktober 170 Proz.

Der allgemeine Prozentfuß zeigt eine Steigerung von drei Punkten gegenüber demselben Posten für den 1. September und eine Steigerung von neun Punkten, veranschlagt mit dem 1. August. Der Prozentfuß für Nahrungsmittel allein steht um drei Punkte über demjenigen vom 1. September und um acht Punkte über dem vom 1. August.

Die einzelnen Angaben der drei Zeitpunkte waren:

	Allgemeine Steigerung um Prozent	Steigerung der Lebensmittelpreise um Prozent
1. August	155	102
1. September	161	107
1. Oktober	164	170

**Politische Nachrichten.**

Josef Seliger tot.

Einen herben Verlust hat die deutsche Arbeiterbewegung in Böhmen durch den unerwarteten Tod eines ihrer besten Führer, Josef Seligers, erlitten. Seliger war einft Weber, und die Textilarbeiter Böhmens waren besonders stolz auf ihn, der es vom einfachen Webereigenossen und nur mit einfacher Volksschulbildung ausgerüstet, zu einem der bedeutendsten politischen Arbeiterführer gebracht hatte. Seliger hätte der Arbeiterbewegung noch lange dienen können — er war erst 50 Jahre alt —, wenn er nicht einer tödlichen Blutergiftung durch einen Fremdkörper erlegen wäre. — Seliger war bis zu seinem Tode auch Mitglied der Textilarbeiterunion.

**Berichte aus Fachkreisen.**

**Beburg, Sa. Bergheim.** In der am Samstag, den 16. Oktober hier abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte unser Geschäftsführer, Kollege Wachendorf, in einem längeren Vortrag über die Bedeutung der freien Gewerkschaften. Redner betonte es, die Zuhörer bis zum letzten Augenblick zu fesseln, wofür ihn am Schlusse ungeteilter Beifall lohnte. — Den Schluß der Versammlung bildeten die Vorstandswahlen. Auf die schon begonnenen Arbeiterbildungsabende sei an dieser Stelle auch hingewiesen.

**Breslau.** Am 14. Oktober 1920 hielt unsere Filiale ihre Quartalsversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Geschäftsführer Güttler gab den Geschäftsbericht. Den Kassenbericht erstattete der Geschäftsführer Kubick. Genossenschaftssekretär Reimann hielt einen Vortrag über: Wie regelt sich Einkommen und Verbrauch in eigener Bewirtschaftung? Redner schilderte in vorzeitsicher Art, wie sich die Arbeiterbewegung vom Zwischenhandel und dem unendlichen Wucher befreien kann, wenn sie sich dem Arbeiterkonsumverein mehr als je zuwendet. Die Genossenschaft ist das Fund der freien Gewerkschaften, und wenn aus diesem ein starker Kern werden soll, ein Maßfaktor in der freien Bewirtschaftung, so ist es jeden Gewerkschaftlers Pflicht, auch Mitglied des Arbeiterkonsumvereins zu sein, doch nicht nur Mitglied, sondern auch Käufer aller Waren. Kollege Güttler gab dann bekannt, daß der Tarif für Posamenten in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen werde. Weiter wurde auf die Notwendigkeit der Erweiterung des Gewerkschaftshauses hingewiesen. Ein Kollege opferte 20 Mk. dafür sofort, eine Kollegin 5 Mk. Zur Nachachtung empfohlen!

**Furthardtshorf.** Die Quartalsversammlung fand am 12. Oktober im „Auenberg“ bei äußerst schwacher Beteiligung statt. Kollege Hlig erstattete die Abrechnung vom 3. Quartal. — Weiter behandelte Kollege Hlig die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter und den Zweck der Tarifgemeinschaften und ermahnte die Kollegen und Kolleginnen, sich für alle Eventualitäten bereitzuhalten.

**Dresden.** In unserer Mitgliederversammlung am 15. Oktober sprach Kollege Wilde über die Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Behebung. Er hielt den bevorstehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise für sicher und die Betriebsräte für herufen, die Produktion in gangbare Wege leiten zu helfen. — Trotz der Wirtschaftskrise ist, wie der Kassierer berichtete, die Mitgliederzahl gestiegen. Recht so! Star! und einig sein ist jetzt die Hauptsache.

**Dülmen i. Westf.** Eine oft wiederholte Behauptung der christlichen Organisationsleiter ist: In den Domänen des Deutschen Textilarbeiterverbandes sind die Löhne der Textilarbeiter niedriger und auch die sonstigen Arbeitsbedingungen schlechter als in den Bezirken, in denen die Mehrzahl der Textilarbeiter dem christlichen Verbands angehört. Berichteten wir einmal, wie es in einer Domäne des christlichen Verbandes aussieht. Der Leser kann sich dann selbst ein Urteil bilden, was an den Behauptungen der Christen wahr ist. In Dülmen bestehen die Baumwollwebereien und Spinnereien A. u. S. Decker, W. A. Kettler, W. M. Bendig; sie gehören zur Arbeitsgemeinschaft Münsterland. Maßgebend für die Lohnzahlung ist das in der Arbeitsgemeinschaft abgeschlossene Lohnabkommen vom Mai 1920. Es trägt den Stempel christlicher Lohnpolitik. Während alle Lohnabkommen der Arbeitsgemeinschaften, in denen der Deutsche Textilarbeiterverband maßgebend ist, Mindestlöhne bedingen, hat das münsterländische Lohnabkommen nur Durchschnittslöhne. Auf den großen Unterschied zwischen Mindest- und Durchschnittslöhnen braucht hier nicht hingewiesen zu werden, er ist bekannt.

**Grünberg.** Am Montag, den 25. Oktober, fand in der Deutschen Reichshalle eine öffentliche, sehr gut besuchte Textilarbeiter-

versammlung statt. Kollege Lang aus Langenbieten sprach über „Der Klassenkampf der deutschen Textilarbeiter“. Der Redner schilderte in treffenden Worten die jahrelangen Kämpfe der schlesischen Textilarbeiter. Sie haben reiche Früchte getragen. Die Zeit, wo man auf Schrecken als die Probierzeit, welche laut Statistik die niedrigste Entlohnung hatte, ist vorbei. Nun gilt es, die Bekleidung der Arbeiterklasse vom Druck des Kapitalismus zu befreien. Lang anhaltender Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Von einzelnen Disfusionsrednern wurden die Ausführungen des Kollegen Lang unterstrichen. — Die Versammlung beschloß die Einführung der Betriebskassierung.

**Hersfeld.** In einer Versammlung am 25. Oktober berichtete Kollege Gerlach, nachdem er den Geschäftsbericht gegeben hatte, daß sich eine leichte Besserung im Geschäftsgange bemerkbar mache, die sich in Neueinstellungen wie auch in dem Verlangen nach Ueberstundenarbeit äußere, welche letzterem nachzukommen er aber ernstlich warnte; in keinem Fall sollte aber jemals irgendeine Ueberstunde ohne den tarifmäßigen Zuschlag geleistet werden. — In der Lohnfrage soll die Ortsverwaltung alles mögliche tun.

**Köln.** Hier tagte eine Versammlung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen, die erklärte, in dem neuen Entwurf zur Schlichtungsordnung eine weitere Verschlechterung der kümmerlichen Rechte der Arbeiterklasse zu erblicken. Gelänge es der unternehmerfreundlichen Regierung, die in dem Entwurf festgelegten Bestimmungen durchzuführen, so würden die Unternehmer ihre Willkürherrschaft schlimmer als je zuvor walten lassen. — Die Versammlung beauftragte die Ortsverwaltung Köln, den Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu ersuchen, seinen ganzen Einfluß bei dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund geltend zu machen, daß die oben benannte Neuordnung des Schlichtungsamtes so ausgebaut wird, daß sie der Arbeiterklasse die Rechte gewährt, die ihr auf Grund ihrer Bedeutung im Wirtschaftsprozess zukommen.

**Krefeld.** Eine für Dienstag, den 19. Oktober, in die Stadthalle einberufene Textilarbeiterversammlung erfreute sich eines ziemlich guten Besuches. Kollege Dressel vom „Textilarbeiter“ in Berlin zeigte, daß nur durch die Ueberführung der privatkapitalistischen Produktion in die sozialistische die Existenzfähigkeit der Arbeiterklasse ermöglicht und eine nennenswerte Verbesserung ihrer Lebenshaltung erwartet werden kann. Diese wirtschaftliche Umwandlung erfordert aber die Einigkeit der Arbeiterklasse, weshalb jedem Herpflichtungsbewußter im Sinne Kostaus aufschärfte entgegengetreten werden müsse. — In der Aussprache pflichtete man ihm bei.

**Kauban.** Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale erfreute sich eines besonders starken Besuches. Nachdem der Geschäftsführer die Abrechnung vom 2. Quartal gegeben hatte, referierte Kollege Kutschan über: „Die Textilarbeiter und die immer mehr um sich greifende Teuerung aller Lebens- und Bekleidungsartikel“. Die lebhafteste Diskussion klugte dahin aus, daß der seit dem 1. April nicht mehr erhöhte Lohnstarif eine Erhöhung erfahren müsse, ebenso der Spezialtarif. Es wurde die Kündigung derselben zum 1. November d. J. einstimmig beschlossen. Für Bildungsabende wurden 500 Mk. bewilligt. — Die Kollegen und Kolleginnen protestierten gegen die geplante Besteuerung durch die Stadtgemeinde der durch das Reich freigelassenen Einkommenssteuern. — Möchte die Kollegenchaft immer ein so reges Interesse am Verbands- und Versammlungsleben bekunden.

**Köben h. Dresden.** In unserer Oktober-Mitgliederversammlung referierte Kollege Wilde über die gegenwärtige Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Behebung. Seine Ausführungen wurden in der Diskussion unterstützt und die Kollegen und Kolleginnen aufgefordert, fest hinter den Betriebsräten zu stehen und für restlose Durchführung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse im Betriebsrätegesetz einzutreten. — Unter „Verbandsangelegenheiten“ kam folgender Vorschlag des Gruppenvorstandes zu einstimmiger Annahme: Bei allen Verhandlungen, die innerhalb der Arbeitsgemeinschaft im Interesse der Arbeiterklasse stattfinden, sind Kollegen aus der bez. Industrie hinzuzuziehen. Grund: Abschluß der Arbeitsordnung. Dieser Vorschlag soll der Gewerkschaft resp. dem Zentralvorstand zur Kenntnis gebracht werden.

**Leubsdorf.** Am 18. Oktober gab in der Quartalsversammlung Geschäftsführer Kollege Seipt den Kassen- und Geschäftsbericht. Er konnte berichten, daß sich die Filiale im Vormarsch befinden. Kollege Seipt erläuterte im weiteren noch die Unterstützungsfähigkeit, welche am 1. Oktober in Kraft traten, und machte ferner auf das Statut aufmerksam, nach dem jeder verpflichtet ist, einen Stundenverdienst als Beitrag zu entrichten. Dringend nötig sei es gewesen, den Vorkaufschlag um 10 Pf. zu erhöhen. — Nach einem Vortrag über die gegenwärtige Lage der Textilindustrie schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung, fest und treu zur Organisation zu stehen.

**Leban.** Am 8. Oktober sprach hier Gewerkschafter Jma hr über die Verhältnisse in der Textilindustrie. Seine Darlegungen fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung. Es wurde am Schlusse eine Resolution angenommen, in der man sich scharf gegen den von Unternehmerseite geplanten Abbau der Löhne wandte und Erhöhungen forderte.

**Melchow i. Mecklg.** Am 19. Oktober hielten wir eine Filialversammlung ab. Nach dem Bericht über den Kassenstand wurde mitgeteilt, daß das Kartell den Magistrat ersucht habe, die minderbemittelte Bevölkerung ausreichend mit Karzoffeln zu versorgen. — An der Spitze der Karzoffelaktion steht in Berlin die Volkshochschule einige Vorträge halten. — Einer von der Gewerkschaft vorgeschlagenen Teuerungszulage von 40 Proz. wurde zugestimmt. — Die achtstündige Arbeitszeit soll allgemein streng eingehalten werden.

**Marzfa.** In unserer Versammlung am 15. Oktober sprach — nach der Rechnungslegung vom 3. Vierteljahr — Gewerkschafter O. Fritsch über: „Was geht in der Textilindustrie vor?“ Er zeigte, daß infolge Sinkens unserer Valuta sich in der Textilindustrie eine Produktionssteigerung bemerkbar mache, ferner im Gulengebirge wieder eine Löhnerhöhung stattgefunden habe mit dem Zugeständnis, daß die Arbeiterklasse das Drei- und Vierstundentag wieder abgenommen wird. Kollege Fritsch hielt die einstündige Mittagspause in der „Konkordia“ für verheiratete Frauen für unzureichend und ersuchte den dortigen Betriebsrat, der Frage nachzutreten. Auch wegen Löhnerhöhungen sollte hier und da angepöcht werden.

**Sorau.** Zwei Mitgliederversammlungen am 25. und 26. Oktober — eine für Sorau, eine für Christianstadt — nahmen Mitteilungen über die Kassenverhältnisse, den Mitgliederstand, über das bevorstehende Stiftungsfest, über Betriebsrätekonferenzen bzw. den Betriebsrätekongress entgegen. Ueber die Forderung einer Teuerungszulage wurde mitgeteilt, daß der Fabrikantenverein die in gemeinsamer Verhandlung vereinbarten Sätze angenommen habe. — Die Schlichter und Scherer wünschten, daß bei Abschluß neuer Tarife für sie höhere Sätze als die bisherigen gefordert würden. — In Zukunft hat sich jeder Besucher als Mitglied auszuweisen. — In Lindetobe fand eine Versammlung am 27. Oktober statt.

**Literatur.**

„Die Textilarbeiter in Sowjetrußland“. Die Schrift ist identisch mit einem Vortrage, den der Kollege N. Lebedow, Mitglied des Präsidiums des Allrussischen Textilarbeiterverbandes, in unserem Bureau vor kurzem gehalten hat. Die Schrift ist bei A. Seehof u. Co., Verlag, Berlin E. 54, erschienen.

**Bekanntmachungen.**

**Vorstand.**  
Sonntag, den 7. November, ist der 45. Wochenbeitrag fällig.

**Arbeitslosigkeitstatistik-Karten** befreiten.

Die uns einzureichenden Karten müssen frankiert werden, da wir sonst Strafpunkte zu zahlen haben. Das Reichsamt trägt zwar das Porto, doch nur in Form der Zurückerstattung an uns. Die Post muß also befreit werden. Das kann aber nur vom Absender geschehen. Der Vorstand.

**Geschäftsführergesuch.**

Für die Filiale in Kirchheim unter Teck unseres Verbandes wird ein Geschäftsführer gesucht. Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen und schriftgeübten Fähigkeiten haben und sich um die Stellen bewerben wollen, werden ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, unter Beifügung eines Aufzuges über die Ausgaben eines Geschäftsführers an die Adresse: Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7, bis zum 22. November d. J. einzureichen. Zeugnisse und Vergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit und volle Beitragsleistung. Angabe über die politische Organisationszugehörigkeit ist erforderlich. Gehalt nach den Beschlüssen der Verträtsitzung vom 5. und 6. Mai 1920. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchige Kündigung. Der Vorstand.

**Adressenänderungen.**

- Gau Cassel. Geraberg. V: Wilhelm Stabe, Fabrikstraße 27. K: Karl Ophoff, Sieberstr. 144.
- Nordhausen. K: W. Landau, Marienweg 8.
- Gau Düsseldorf. Frier. K: Joseph Ensch, Marienberg 2.
- Worms ist mit Ludwigshafen verschmolzen. (Gau Stuttgart.)
- Gau Stuttgart. Lomersheim, Post Mühladen. V: Gottlob Koller, Hauptstraße.
- Aach, Konstant, Meerzburg, Mühlhofen, Singen, Stodach, Volkertshausen und Bollmatingen sind mit Radolfzell verschmolzen.
- Radolfzell. V: Edward König, Schützenstr. 24. K: Richard Bod, Geschäftsführer, Unteroberstraße, im „Schützen“.
- Stuttgart. Briefe an den Vorsitzenden R. Böhlmann, Geschäftsführer, Alexanderstr. 53, Hinterhaus II.
- Ulm. V und K: A. Schönleben, Geschäftsführer, Fischerstraße 8. Tel. Nr. 1724.
- Unterlauringen. K: Wilhelm Müller, Lauffenmühle, Post Oberlauringen in Baden.
- Gau Dresden. Hundshübel. V und K: Heinrich Unger, Nr. 27b.
- Gau Liegnitz. Görlitz. Tel. Nr. 495.
- Gau Berlin. Fürstentwalle. K: Friedrich Hübler, Fürstentwalle a. d. Spree, Feldstr. 8.
- Neuruppin. V und K: Edward Urban, Schulzenstr. 15.
- Swinemünde. V und K: E. Thiel, Loiferstr. 7.
- Zernsdorf, Kreis Teltow. (Neu.) V: Paul Köppel, Berlin D. 84, Cadiner Str. 7. K: Friedrich Lau, Zernsdorf, Kreis Teltow, Breite Straße 17.

**Ortsverwaltungen.**

**Crimmitschau.** Das Mitgliedsbuch, Stamm-Nr. 69283, des Kollegen Heinrich Neugebauer, geb. am 18. Mai 1874 in Wilsenfelz, in den Verband eingetretten am 1. Februar

1898 in Meichenbach, ist verlorengegangen. Wir erklären es für ungültig und bitten, es bei etwaigem Auffinden an uns einzusenden.

**Die Ortsverwaltung.**

**Göppingen.** Das Mitgliedsbuch für Oswald Winkel, Stammnummer 482241, ist verlorengegangen. W. ist am 17. Januar 1888 in Weiztal i. S. geboren und am 25. April 1910 in Crimmitschau in den Verband eingetretten. Beim Auftauchen des Buches bitten wir, dasselbe einzusenden.

**Die Ortsverwaltung.**

**Hersfeld.** Das Mitgliedsbuch lautend auf Josef Horgene, geb. 19. März 1849 in Dyrrie, eingetretten in den Verband (in Schweden) im Oktober 1906. Ist ebenfalls verlorengegangen. Bei etwaigem Auffinden bitten wir, es uns einzusenden.

**Der Ortskassierer.**

**Landeshut i. Schlef.** Das Mitgliedsbuch für Martha Renner, geb. 16. November 1901, eingetretten 7. Dezember 1918 in Landeshut, Buch Nr. 777388, ist verlorengegangen.

**Die Ortsverwaltung.**

**Cotenliste.**

**Gestorbene Mitglieder.**

- Nachen. Leonh. Kleutgens, Grippe.
- Augsburg. Georg Ebel, Eisenbreher, 63 J., Rheumatismus. Robert Hell, Schlichter, 69 J., Schlaganfall. Anna Rib, Weberin, 44 J., Bauchfellentzündung.
- Banzen. Martha Sieber, 83 J., Herzleiden.
- Berlin. Flora Boldt, Blätterin, 32 Jahre, Lungenerkrankung. Breslau. Käthe Rattner, Spinnereiarbeiterin, 19 J., Nierenentzündung.
- Chemnitz. Robert Fischer, Arbeiter, 63 J., Marie Jordan, Zwirnerin, 17 J., Zuckerkrantheit. Marie Müller, Weberin, 62 J., Lungentuberk. Marie Pfenniger, Spulerin, 53 J., Elsa Stödel, Meyerin, 17 J., Lungenerleiden. Klara Certeel, Legerin, 45 J., Lungenerleiden. Louis Pippmann, Arbeiter, 61 J., Kehlkopfleiden.
- Elbing. Sophie Daiber, 44 J., Brustkrebs. Anna Wehner, 41 J., Drüsenentzündung.
- Göppingen. Johann Vogel, Weber, 19 J., Lungenerleiden. — Jakob Müller, Kardenschleifer, 32 J., Vertriebsunfall.
- Greifath. Lorenz Leber, 70 J., Magenleiden. Minchen Schäfer, 20 J., Operation.
- Grünberg. Martha Augustin, 19 J., Tuberkulose.
- Jahnshorf i. Erzgeb. Emil Hoker, 46 J., Magenkrebs.
- Leubsdorf. Elsa Berger, Flechterin, Schellenberg, 24 J., Typhus.
- Ludewalbe. Wilhelm Döring, Weber, 72 J., Schlaganfall.
- Melne i. W. Gerhard Broellhoff, Arbeiter, 44 Jahre, Wasserfucht.
- Nußweil. Karl Traugott Stein, Auspuher, 70 J.
- Spremberg. Wilhelm Heinze, Tuchmacher, 69 J., Magenleiden.
- Wiltewaldersdorf. Herrn. Oehl, Spinner, 53 J. Bertha Bernhardt, Spulerin, 65 J., Grippe.

Ehre ihrem Andenken!

**Zusammenkünfte.**

**Mitglieder-Versammlungen.**

**Mittenberg (S.-A.).** Donnerstag, 11. Nov.

**Redaktions-Club** für die nächste Nummer Sonntag, den 6. November.

Verlag: Karl Häbich in Gassenberg-Alt-Gliehde. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreßel in Berlin. Für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.